



Stadt & Region



Lebenshilfe will im Steingau eine neue „Filiale“ eröffnen

Kirchheim. Die Kirchheimer Lebenshilfe will im Sommer ihre neue „Zweigstelle“ im Steingau-Quartier beziehen. Die Teckboten-Weihnachtsaktion unterstützt das Projekt. **Lokales Seite 17**

Buchcafé in Dettingen schließt nach 17 Jahren

Dettingen. Für die Dettinger ist es eine traurige Nachricht: Der Betreiber des Buchcafés, Stefan Fink, gibt sein Geschäft nach 17 Jahren auf. Gespräche über eine Nachfolge laufen. **Lokales Seite 19**



Der Bestatter Giovanni Incorvaia im Interview

Weilheim. Giovanni Incorvaia hat den Beruf des Bestatters von der Pike auf gelernt. Seit 14 Jahren arbeitet er beim Bestattungsinstitut Holt. Im Gespräch erzählt er aus seinem Alltag. **Lokales Seite 20**

Heute

Themen des Tages / Politik	1-3
Wirtschaft	5-7
Blick in die Welt	9
Sport	10-11
Lokales	ab 17
Leserservice	23
Südwestumschau	12-13
Stuttgart und Umgebung	14
TV aktuell	32

Das Wetter im Südwesten



So erreichen Sie uns:

Abo-Service 07021 9750-37/-38
leserservice@teckbote.de

Anzeigen-Service 07021 9750-15
anzeigen@teckbote.de

Redaktion 07021 9750-22
redaktion@teckbote.de

Zentrale 07021 9750-0

Postanschrift:

Der Teckbote, Alleenstraße 158
73230 Kirchheim unter Teck

Nummer 271 • 189. Jahrgang



FOTOS: DANIEL BOCKWOLDT/DPA / THOMAS KIENZLE/AFP / DANI POZO/AFP

„Black Friday“ Jagd auf den Super-Rabatt

Worauf Käufer achten sollten, damit das Sonderangebot nicht zum Reinfluss wird.

Wirtschaft



Spanien Die Verfehlungen des Ex-Königs

Hintergrund



VfB Stuttgart Matarazzo: Kurzheim nach Hoffenheim

Sport

Biontech beantragt Zulassung für Impfstoff in den USA

Pandemie Bundeskanzlerin Angela Merkel rechnet mit Verfügbarkeit des Serums im Dezember. Mindestens 35 Impfböden im Südwesten geplant, 96 in Bayern.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rechnet schon im Dezember oder „sehr schnell nach der Jahreswende“ mit der Zulassung eines Corona-Impfstoffes in Europa. Das Mainzer Unternehmen Biontech und der US-Pharmariese Pfizer wollen bis zum Wochenende in den USA eine Notfallzulassung beantragen. Anträge für Europa und weitere Regionen seien in Vorbereitung. Bei einer Zulassung könne innerhalb von Stunden geliefert werden, hieß es am Freitag.

In Baden-Württemberg und Bayern laufen die Vorbereitungen für die Ausgabe der ersten Corona-Impfungen auf Hochtour. Im Südwesten sind ein bis zwei Impfböden in jedem der 35 Landkreise geplant. Zunächst sollen Mitarbeiter im Gesundheitswesen, Alte und Risikopatienten geimpft werden. Mit mindestens 96 solcher Zentren plant Bayern derzeit. Sie sollen bis Mitte Dezember einsatzbereit sein. Alle Landkreise und kreisfreien Städte seien mit der Suche nach passenden Gebäuden beauftragt, sagte ein

Sprecher der Landesregierung. Gleichzeitig gehen die Bemühungen weiter, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Die Bundesländer wollen Medienberichten zufolge die bestehenden Corona-Einschränkungen bis zum 20. Dezember verlängern und teilweise verschärfen. In der „Berliner Morgenpost“ hieß es, es zeichne sich zwischen den Ländern ein Konsens über die Verlängerung der zunächst nur für November geplanten Beschränkungen bis kurz vor Weihnachten ab. Dies dürfte die geltenden Schließun-

gen von Gaststätten, Kultur- und Freizeiteinrichtungen betreffen. Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) plädierte dafür, besonderes Augenmerk auf Schulen zu legen. Es gehe vor allem darum, Kontakte zu reduzieren und die hohen Infektionsraten bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu senken. „Sie tragen wesentlich zur Verbreitung der Infektion bei“, sagte Braun dem RND. In den weiterführenden Schulen müsse „alles getan werden, um die Abstandsregeln einzuhalten.“ **dpa/afp**

Kommentar

Kommentar

Hajo Zenker zur Zulassung von Corona-Impfstoffen



Hoffen auf Erlösung

Die Welt ist dem Corona-Impfstoff ein Stück näher. Biontech und der Partner Pfizer haben in den USA die Notfallzulassung beantragt. In der EU läuft seit Oktober das rollierende Verfahren, in dem Biontech noch während der letzten Erprobungsphase Daten an die Zulassungsbehörde EMA übermittelt, um die Zulassung zu beschleunigen. Die Kriterien sind bei beiden Vorgehensweisen streng. Man darf aber hoffen, dass es noch 2020 zur einer Freigabe diesseits und jenseits des Atlantiks kommt. Damit wäre die Welt nicht über Nacht erlöst. Aber die Erlösung könnte beginnen.

In Deutschland sieht es danach aus, dass es die Länder schaffen, bis Mitte Dezember genug Impfböden zu errichten, in denen möglichst rasch möglichst viel des stark zu kühlenden Vakzins verimpft werden soll. Immer drängender wird nun die Frage, wer zuerst geimpft wird. Mit der Formulierung, Risikogruppen, Pfleger, Ärzte, Polizisten, Lehrer sollten zuerst dran sein, kommt man nicht weiter – alle zusammengekommen können nie und nimmer sofort geimpft werden. Die Ständige Impfkommission sollte jetzt also ein Tempo an den Tag legen wie die Impfstoffentwickler.

Datenschutz-Streit: Strobl stützt Palmer

Debatte Minister wirbt in Brief an Seehofer für Tübinger „Liste auffälliger Asylbewerber“.

Tübingen. Im Datenschutz-Streit um die „Liste auffälliger Asylbewerber“ in Tübingen bekommt OB Boris Palmer (Grüne) Rückendeckung von Innenminister Thomas Strobl (CDU). Dieser setzt sich in einem Brief an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) für „strukturierten Informationsaustausch“ ein, bei dem in Tübingen auch die für Flüchtlinge zuständige

Sozialbehörde über Straf- und Gewalttaten informiert wurde. Der Austausch sei „grundsätzlich ein geeigneter Ansatz“, um Gefährdungen für Beschäftigte und Bürger früh zu erkennen und gegenzusteuern, heißt es im Brief, der unserer Zeitung vorliegt. Ein „zielgerichteter und maßvoller Austausch von Daten über Straftaten von Asylbewerbern liege „in unser aller Inter-

esse“ und könne Gefahrenabwehr und Integration dienen. Der Landesdatenschutzbeauftragte Stefan Brink hatte die Tübinger Praxis im Oktober untersagt: Polizeiliche Daten unterlägen einer strengen Zweckbindung und dürften nicht mit Sozialbehörden geteilt werden. Palmer wandte sich daraufhin an Seehofer. Es sei erfreulich, dass Strobl „die politische Ein-

stellung teilt, dass der Staat sich nicht blind machen darf gegenüber Kriminalität, auch wenn sie von Asylbewerbern ausgeht“, sagte Palmer der SÜDWEST PRESSE. Derzeit zwingt übertriebener Datenschutz die Behörden dazu, „sich dumm zu stellen“. Nun sei Seehofer am Zug, die Zweckbindung zu lockern. **Roland Müller**

Südwestumschau

Bus-Fahren

Die Hoodie-Kapuze ist tief in die Stirn gezogen. Der Mundschutz bis zur Nasenwurzel hoch. Dazu Brille und Kopfhörer – fertig ist die perfekte Schutzrüstung für die Fahrt in Bus und Tram. Die jungen Leute haben es einfach drauf. Astronautengleich bewegen sie sich durch Corona-Raum und -Zeit. Kontakte zur Außenwelt inklusive. Das Smartphone ist immer an.

Analag gequatscht wird im Bus generell immer weniger. Man trägt Maske und hält den Mund. Nicht mit dem Wagenführer sprechen, geschweige

Bucks heile Welt



denn überhaupt, lautet das Gebot der Stunde. Besonders morgens um neun. Nach dem Abflug der Astronauten Richtung Schule rollt die Armada der stummen Rentner gen Innenstadt, viele verschanzte hinter Rollator und Einkaufskorb. Doch dann steigt neulich, am helllichten Vormittag, das pralle Leben in den Bus. Zwei Nachzügler-Astronautinnen. Zwei, die sprechen! Mitein-

ander! Durch die Visiere! Der ganze Bus hört mit.

Das Herz der einen jungen Frau ist aber auch übertoll. Seit ewig und drei Tagen habe sie nicht mehr an einem Samstag Geburtstag gehabt, klagt sie. Aber in diesem Jahr! Ich wollte so groß feiern! Es hätte so super gepasst! Jetzt chill mal, dann feierst du halt nächstes Jahr, will die andere trösten. Vergeblich. Es ist mein letzter Geburtstag mit einer 1 vorne dran! Vom nächsten Jahr an bin ich alt!!!

Manche Alte fahren jetzt nur noch mit Ohrstöpseln Bus.

Expo-Affäre Ministerin räumt Fehler ein

Stuttgart. Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) hat in der Affäre um einen eigenen Pavillon des Landes bei der geplanten Weltausstellung in Dubai Fehler ihres Hauses eingestanden. „Ich habe ja schon eingeräumt, dass es offenbar zu Fehleinschätzungen gekommen ist“, sagte sie vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags. Der Expo-Pavillon wird für das Land wesentlich teurer als geplant. **rol/dpa**

Südwestumschau

Rechtsextreme Maas warnt vor Vernetzung

Berlin. Außenminister Heiko Maas (SPD) warnt vor zunehmender internationaler Vernetzung gewaltbereiter Rechtsextremisten. „Der Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung unserer Sicherheit – europaweit“, twitterte er mit Blick auf eine vom Außenministerium in Auftrag gegebene Rechtsextremismus-Studie. Ihr zufolge hat sich seit 2014 eine „führerlose, transnationale, apokalyptisch gesinnte“ Bewegung Rechtsextremem entwickelt. **dpa**